

### Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.04.2020

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal

Marktplatz 2

06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:19 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

#### Anwesend waren:

#### Mitglieder

Katja Müller Dr. Bernd Wiegand

Ute Haupt

Josephine Jahn

Anja Krimmling-Schoeffler

Marion Krischok Hendrik Lange Stefanie Mackies Dr. Bodo Meerheim **Thomas Schied** Rudenz Schramm Dr. Christoph Bergner Christoph Bernstiel Bernhard Bönisch

Steve Mämecke Mario Schaaf

Andreas Schachtschneider

Claudia Schmidt Andreas Scholtyssek Johannes Streckenbach Dr. Ulrike Wünscher Wolfgang Aldag Dr. Inés Brock Jan Döring Christian Feigl

Dennis Helmich

Dr. Annette Kreutzfeldt Rebecca Plassa **Beate Thomann** Johannes Ernst Andreas Heinrich Carsten Hevm Torsten Radtke

Alexander Raue René Schnabel

Martin Sehrndt Dörte Jacobi Dr. Regina Schöps Hans-Dieter Sondermann Dr.med. Detlef Wend Yvonne Winkler Tom Wolter Dr. Silke Burkert Eric Eigendorf

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Oberbürgermeister

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE, im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:08 Uhr

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Teilnahme ab 14:05 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Teilnahme ab 14:05 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle,

Teilnahme bis 17 Uhr

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle,

Teilnahme bis 16:45 Uhr

AfD-Stadtratsfraktion Halle

Fraktion MitBürger & Die PARTEI

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Sören Steinke SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst Fraktion Hauptsache Halle
Beate Gellert Fraktion Hauptsache Halle

Dr. Sven Thomas

Andreas Wels

Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle

Yana Mark Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von

Halle (Saale)

Torsten Schaper Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von

Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:15 Uhr

Olaf Schöder Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von

Halle (Saale)

Johannes Menke Stadtrat,

Teilnahme ab 14:46 Uhr

Gernot Nette Stadtrat

#### Verwaltung

Egbert Geier Beigeordneter für Finanzen und Personal

René Rebenstorf Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Dr. Judith Marquardt

Katharina Brederlow

Sabine Ernst

Oliver Paulsen

Beigeordnete für Kultur und Sport

Beigeordnete für Bildung und Soziales

Leiterin Büro des Oberbürgermeisters

Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters

Marco Schreyer Leiter Fachbereich Recht

Maik Stehle Protokollführer

#### **Entschuldigt fehlten:**

Melanie Ranft Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Johannes Krause SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Kay Senius SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

#### zu Einwohnerfragestunde

#### zu Herr Thomas zur Corona-Pandemie

Herr Thomas fragte, wie die Verwaltung einem Gentechnik-Impfstoff von Bill Gates entgegenstehen würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man alles unternimmt, um eine weitere Ausbreitung des Coraone-Virus in der Stadt zu unterbinden. Die Anfrage betreffe eine Bundesangelegenheit, die er gern weiterreichen kann.

Frau Müller sagte, dass eine Nachfrage zur Tagesordnung gestattet ist.

**Herr Thomas** fragte, ob sich die Verwaltung über die Bill-Gates-Stiftung und die Entwicklung eines Impfstoffes informieren wird.

**Frau Müller** sagte, dass dies keine Frage von allgemeinem Interesse ist, die in die Zuständigkeit der Verwaltung fällt.

**Herr Thomas** fragte wie mit den Fällen umgegangen wird, die wegen des Corona-Virus von Armut, Gewalt, Alkoholismus etc. betroffen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass solche Feststellungen noch nicht getroffen werden konnten. Alle Informationen werden anschließend ausgewertet.

#### zu Stefanie Reiß zum Reil 78

**Frau Reiß** führte ihren Wortbeitrag zur Reil 78 und dem Chillabeat e.V. von der Februar-Sitzung fort, stellte aber keine Frage.

#### zu Torsten Fritz zum KVG LSA

Herr Fritz sagte, dass die Einwohnerfragestunde auch für Fragen von öffentlichem Interesse dient und nicht nur zur Tagesordnung. Das Vorgehen beim ersten Fragesteller sei fragwürdig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Vorsitzende rechtmäßig agiert hat.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit mit 49 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (85,96%) fest.

#### zu 2 Feststellung der Tagesordnung

**Frau Müller** schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

#### **TOP 7.3**

Abschluss einer Mandatsvereinbarung zur Platzierung von Schuldscheindarlehen Vorlage: VII/2020/01151

→ Behandlung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 5.0

#### **TOP 7.8**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: VII/2019/00211

→ wird durch die Verwaltung zurückgezogen

**Frau Müller** verwies auf folgende Dringlichkeiten und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung. Eine Einbringung dieser erfolgte nicht.

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen

Zuwendungen

Vorlage: VII/2020/01184

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.19

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung eines

Sachkundigen Einwohners Vorlage: VII/2020/01224

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 9.3

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umbesetzung von

Ausschüssen

Vorlage: VII/2020/01225

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 9.4

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung einer

sachkundigen Einwohnerin Vorlage: VII/2020/01233

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 9.5

Die Begründung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion erfolgte kurz durch **Herrn Schnabel**. Es gab keine Gegenrede.

Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Einzelhändler und Gastronomen bei der Überwindung der Corona-Krise

Vorlage: VII/2020/01237

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich abgelehnt

mit 2/3 Mehrheit

**Frau Müller** informierte, dass es keine weiteren Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Müller** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.02.2020
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2020 und von nicht öffentlichen Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2020 und von nicht öffentlichen Eilentscheidung des Oberbürgermeisters Vorlage: VII/2020/01109
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Besetzung des Aufsichtsrates der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH Vorlage: VII/2020/00961
- 7.2. Nachtrags-Wirtschaftsplan 2020 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: VII/2020/01005
- 7.3. Behandlung im nicht öffentlichen Teil
- 7.4. Verzicht auf Variantenbeschluss Dünnschicht B 100 (Abschnitte) Vorlage: VII/2020/00784
- 7.5. Baubeschluss Dünnschicht B 100 (Abschnitte) Vorlage: VII/2020/00796
- 7.6. Verzicht auf Variantenbeschluss für die Instandsetzung Brücke Wolfensteinstraße (BR 029)

Vorlage: VII/2020/00808

- 7.7. Baubeschluss zur Instandsetzung der Brücke Wolfensteinstraße (BR 029) Vorlage: VII/2020/00809
- 7.8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk, 2. Änderung Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: VII/2019/00211 zurückgezogen
- 7.9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2020/00833
- 7.10. Bebauungsplan Nr. 87.1 Wohnen an der Alten Heerstraße Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: VII/2019/00240

7.11. Bebauungsplan Nr. 199 Ammendorf, Wohnbebauung an der Alfred-Reinhardt-Straße - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VII/2019/00517

- 7.12. Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Hans Christian Andersen, Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen" Vorlage: VII/2020/00847
- 7.13. Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Albrecht Dürer, Albrecht-Dürer-Straße 8, 06114 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen Vorlage: VII/2020/00852
- 7.14. Baubeschluss für die Außenanlagen zum Gymnasium Südstadt, Kattowitzer Straße 40a, 06128 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen" Vorlage: VII/2020/00853
- 7.15. Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Gotthold Ephraim Lessing, Schleiermacherstraße 30 b, 06114 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen Vorlage: VII/2020/00856
- 7.16. Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum Vorlage: VII/2020/01018
- 7.16.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum VII/2020/01018 Vorlage: VII/2020/01241
- 7.17. Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung Silberhöhe östl. Kollektor von Freyburger Straße bis Joachimstaler Straße Vorlage: VII/2020/00970
- 7.18. Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2020/01027
- 7.19. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VII/2020/01184

- 8. Wiedervorlage
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss Vorlage: VII/2020/01042

- 9.2. Dringlichkeitsantrag der Stadträte und Mitglieder des Sozial-Gesundheits-und Gleichstellungsausschusses Bernhard Bönisch (CDU-Fraktion), Beate Gellert (Fraktion Hauptsache Halle), Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE), Dennis Helmich (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Josephine Jahn (Fraktion DIE LINKE), Dr. Annette Kreutzfeldt (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Olaf Schoeder (Fraktion Freie Demokraten), Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die Partei), Kay Senius (SPD-Fraktion) und Dr. UlrikeWünscher (CDU-Fraktion) zur Freigabe der Fördermittel im Haushaltsjahr 2020 für Angebote und Projekte der sozialen Arbeit Vorlage: VII/2020/01220
- 9.3. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners Vorlage: VII/2020/01224
- 9.4. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umbesetzung von Ausschüssen

Vorlage: VII/2020/01225

- 9.5. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin Vorlage: VII/2020/01233
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- Anfrage der CDU-Fraktion zu den Folgen der Corona-Pandemie für den städtischen Haushalt

Vorlage: VII/2020/01171

- 10.2. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Hilfskräften bei Kontrolle und Durchsetzung der Vorschriften der SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnungen des Landes Vorlage: VII/2020/01173
- 10.3. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe während der Corona-Pandemie Vorlage: VII/2020/01170
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Annahme einer Spende Vorlage: VII/2020/01182
- 11.2. Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Annahme einer Spende Vorlage: VII/2020/01197
- 11.3. Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2020/01202
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen

13.1. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Unterstützung von Bürgerinitiativen bei der Bewässerung von Bäumen und öffentlichen Grünflächen

Vorlage: VII/2020/01236

13.2. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Grünstreifen

Vorlage: VII/2020/01238

- Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Mundschutzpflicht in Imbissen und Arztpraxen Vorlage: VII/2020/01239
- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Vertragsunterlagen der Stadt Halle betreffend Objekt Reilstraße 77, Reilstraße 78 und allen weiteren Vertragsunterlagen, Schriftverkehr und Ähnlichem mit dem KubultubuRebell e.V. und Chillabeat
- zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.02.2020

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 26.02.2020.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

- zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2020 und von nicht öffentlichen Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
- zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2020 und von nicht öffentlichen Eilentscheidung des Oberbürgermeisters Vorlage: VII/2020/01109

**Frau Müller** sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.02.2020 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind. Ebenso hängen nicht öffentliche Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters aus, welche somit bekannt gegeben sind.

#### zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte die aktuelle Situation zur Corona-Pandemie der Stadt Halle (Saale) dar.

In der Stadt Halle (Saale) gibt es am heutigen Tag insgesamt 325 Infizierte, ein Zuwachs von +11 zum Vortag. Die Anzahl der Geheilten ist gleich geblieben bei 237. Neuinfizierte am heutigen Tag: 77(+11). Davon werden 25 (-3) im Krankenhaus behandelt, darunter 6 Hallenser (+/-0) und Intensivbehandlungen 6 (+/-0). Zu beklagen sind 11 Tote, darunter mit dem Virus 9 Verstorbene, an dem Virus verstorben 2. Am gestrigen Tag wurden 318 (-280) Abstriche durchgeführt.

Anhand eines Diagrammes verdeutlichte er die Entwicklung der Infizierten beginnend vom 9.3. bis zum heutigen Tag. Die bislang durchgeführten Maßnahmen zeigen, dass die Anzahl der Infizierten seit Anfang April rückläufig ist.

#### zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

**Herr Dr. Meerheim** fragte, ob zum sogenannten Reproduktionsfaktor speziell für Halle (Saale) Aussagen getroffen werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Faktor bei 1,0 liegt, aber nicht speziell für Halle (Saale) gilt, sondern allgemein. Der Faktor hat eine Spannungsbreite von 0,2 nach oben und unten. Es ist zum Teil eine Schätzzahl, die vom Robert-Koch-Institut erhoben wird.

Herr Aldag fragte nach Zahlen über erkrankte Kinder.

**Frau Brederlow** antwortete, dass wenige Kinder unter 10 Jahren erkrankt sind. Die genaue Anzahl werde sie recherchieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### zu 7 Beschlussvorlagen

## zu 7.1 Besetzung des Aufsichtsrates der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

GIIDH

Vorlage: VII/2020/00961

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

#### <u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

- 1. Die Stadt Halle (Saale) entsendet gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH
  - Herrn Matthias Lux
  - Herrn René Walther
  - Herrn Jörg Schulze

in den Aufsichtsrat der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH.

Die Entsendung erfolgt mit Wirkung der Fassung eines Gesellschafterbeschlusses, mit dem den Aufsichtsratsmitgliedern der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt wird, spätestens jedoch zum 1. Juni 2020.

2. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

# zu 7.2 Nachtrags-Wirtschaftsplan 2020 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: VII/2020/01005

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

#### Beschlusstext:

- 1. Der Nachtrags-Wirtschaftsplan 2020 wird genehmigt.
- 2. Die Mittelfristplanung bis 2024 wird zur Kenntnis genommen.

### zu 7.4 Verzicht auf Variantenbeschluss Dünnschicht B 100 (Abschnitte)

Vorlage: VII/2020/00784

**Frau Dr. Brock** fragte, ob die Vorlage, aufgrund der aktuellen Corona-Situation, auf 2021 vertagt werden könnte, um die finanziellen Mittel für andere Aufgaben in Rückstellung zu haben.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die Straße in einem Zustand ist, der zwingend behoben werden muss. Er bat um Zustimmung zur Vorlage zur Ausführung der Sanierungsarbeiten.

**Herr Dr. Meerheim** sprach sich für eine Beschlussfassung aus, da die Stadt für die Maßnahme Fördermittel erhält.

Herr Scholtyssek sprach sich auch für eine Beschlussfassung aus. Er fragte, ob der Baubeginn früher, bereits in den Sommerferien, erfolgen könnte.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

Frau Müller bat um Abstimmung der Vorlage.

#### Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, bei der Maßnahme Dünnschicht B 100 (Abschnitte) auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

### zu 7.5 Baubeschluss Dünnschicht B 100 (Abschnitte)

Vorlage: VII/2020/00796

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Maßnahme Dünnschicht B100 (Abschnitte).

#### zu 7.6 Verzicht auf Variantenbeschluss für die Instandsetzung Brücke

Wolfensteinstraße (BR 029) Vorlage: VII/2020/00808

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

#### <u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, bei der Maßnahme Instandsetzung Brücke Wolfensteinstraße (BR 029) auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

zu 7.7 Baubeschluss zur Instandsetzung der Brücke Wolfensteinstraße (BR 029) Vorlage: VII/2020/00809

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Instandsetzung der Brücke Wolfensteinstraße (BR 029) vorbehaltlich der Zuweisung von Landesmitteln.

zu 7.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2020/00833

**Herr Rebenstorf** führte anhand einer Präsentation ein und stellte den bisherigen Beteiligungsprozess dar sowie erste mögliche Entwürfe.

**Herr Feigl** verwies die Vorlage in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, da keine Vorberatung stattgefunden hat.

#### <u>Abstimmungsergebnis:</u> verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

#### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 12 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 197 "Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan" aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,5 ha.

- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
- 4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.
- 5. Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 197 "Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan" wird das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 42 "Charlottenstraße Bundesbank" eingestellt. Die im Rahmen dieses Verfahrens bereits gefassten Beschlüsse werden aufgehoben.

## zu 7.10 Bebauungsplan Nr. 87.1 Wohnen an der Alten Heerstraße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: VII/2019/00240

**Herr Feigl** verwies die Vorlage in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, da keine Vorberatung stattgefunden hat.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass es sich hier lediglich um die Offenlage handelt, der Aufstellungsbeschluss ist von 2002.

#### <u>Abstimmungsergebnis:</u> verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

#### Beschlussvorschlag:

- 1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 87.1 "Wohnen an der Alten Heerstraße" in der Fassung vom 05.03.2020 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
- 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 87.1 "Wohnen an der Alten Heerstraße" in der Fassung vom 05.03.2020 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

### zu 7.11 Bebauungsplan Nr. 199 Ammendorf, Wohnbebauung an der Alfred-Reinhardt-Straße - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VII/2019/00517

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

#### Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 199 "Ammendorf, Wohnbebauung an der Alfred-Reinhardt-Straße" aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,53 ha.
- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
- zu 7.12 Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Hans Christian Andersen, Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen" Vorlage: VII/2020/00847

**Frau Dr. Schöps** fragte, warum im Zuge einer Freiflächengestaltung Baumfällungen in diesem Ausmaß nötig sind.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, dass in der jetzigen Entwurfsplanung noch keine Baumschauprotokolle vorliegen und erst in der Ausführungsphase entsprechende Entscheidungen getroffen werden. Einige Bäume seien indes durch die Baumschutzsatzung geschützt.

**Herr Aldag** sprach zu der aktuellen Vorlage und den folgenden Baubeschlüssen für Außenanlagen an Schulen. Er fragte, ob im Vorfeld Abstimmungen mit den Schulen, Eltern und Schülern zu den Planungen stattgefunden haben.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Ideen mit den Schulleitern abgestimmt sind.

Frau Dr. Burkert fragte, ob auch Zisternen zum Auffangen von Regenwasser eingebaut werden.

Frau Dr. Marquardt bejahte dies.

**Herr Dr. Thomas** bat um Darstellung der Anzahl der gefällten und der geplanten neu zu pflanzenden Bäume. Er fragte weiter zu Kunststoffbelägen und ob hier eine Umweltverträglichkeitsbewertung erfolgt ist und Alternativen geprüft wurden.

**Frau Dr. Schöps** fragte, ob die Ausschüsse trotz heutiger Beschlussfassung noch involviert werden. Weiter, ob für alle angekündigten Baumfällungen Baumschauen durchgeführt werden.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, dass über Baubeschlüsse hier abschließend abgestimmt wird. Baubeschlüsse, bei denen Schulen betroffen sind, werden natürlich im Bildungsausschuss vorberaten. Die ursprünglich avisierte Beratungsreihenfolge sei richtig. Baumschauen werden für jeden zur Fällung vorgesehenen Baum erfolgen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Entscheidung über eine mögliche Baumfällung auch mit seinem Geschäftsbereich sowie dem Dienstleistungszentrum Klimaschutz abgestimmt und diskutiert wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, dass jede Fraktion einen Vertreter benennt, welcher dann von der Verwaltung explizit Informationen zu den Vorhaben erhält.

Frau Dr. Schöps bedankte sich für den Vorschlag.

**Frau Dr. Brock** sagte, dass eben doch Beratungsbedarf besteht und verwies die Vorlage sowie die folgenden Baubeschlüsse für Außenanlagen an Schulen in den Bildungsausschuss und Vergabeausschuss.

Herr Schachtschneider sagte, dass sich die Vorhaben durch die Verweisung immens verzögern werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Bildungsausschuss
und in den
Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen", den Neubau der Außenanlagen zur Grundschule Hans Christian Andersen, Seebener Straße 79, 06118 Halle (Saale).

zu 7.13 Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Albrecht Dürer, Albrecht-Dürer-Straße 8, 06114 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen Vorlage: VII/2020/00852

#### Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bildungsausschuss und in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen", den Neubau der Außenanlagen zur Grundschule Albrecht Dürer, Albrecht-Dürer-Straße 8, 06114 Halle (Saale).

zu 7.14 Baubeschluss für die Außenanlagen zum Gymnasium Südstadt, Kattowitzer Straße 40a, 06128 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen"

Vorlage: VII/2020/00853

**Frau Dr. Burkert** fragte, inwieweit frühzeitig ein Bildungsausschuss stattfinden könnte, damit sich die Vorhaben nicht derart verzögern.

Frau Brederlow antwortete, dass der nächste Bildungsausschuss im Juni stattfindet.

Herr Lange schlug eine Sondersitzung der entsprechenden Ausschüsse vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Bildungsausschuss
und in den
Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen", den Neubau der Außenanlagen zum Gymnasium Südstadt, Kattowitzer Straße 40a, 06128 Halle (Saale).

zu 7.15 Baubeschluss für die Außenanlagen zur Grundschule Gotthold Ephraim Lessing, Schleiermacherstraße 30 b, 06114 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen Vorlage: VII/2020/00856

#### Abstimmungsergebnis: verwiesen

#### durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Bildungsausschuss und in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms "Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen", den Neubau der Außenanlagen zur Grundschule Gotthold Ephraim Lessing, Schleiermacherstraße 30 b, 06114 Halle (Saale).

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass sich die Verwaltung mit allen Fraktionsvorsitzenden vorab verständigt hatte, dass die heutige Stadtratssitzung unter außergewöhnlichen Umständen stattfindet. Es wurde vereinbart, dass nur dringliche Vorlagen zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehen, damit ein ordnungsgemäßes Verfahren eingeleitet werden kann.

Herr Bernstiel kritisierte die Verweisung durch die Fraktion der Grünen.

zu 7.16 Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum Vorlage: VII/2020/01018

zu 7.16.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum VII/2020/01018 Vorlage: VII/2020/01241

Herr Rebenstorf führte in die Vorlage ein, bat um Abstimmung und Verzicht auf eine Verweisung in den Fachausschuss.

Herr Scholtyssek stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Dr. Thomas sprach sich dagegen aus, da von der Fraktion Hauptsache Halle ein Änderungsantrag vorliegt.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitlich abgelehnt

21 Ja-Stimmen 27 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Herr Feigl sagte, dass die Planung nicht den gewünschten Anforderungen entspricht. Er sagte, dass eine frühzeitige Beteiligung des Rates wünschenswert wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte einer frühzeitigen Beteiligung zu. Er verwies aber darauf, dass eine entsprechende Grundlage seitens der Verwaltung erst einmal vorgelegt werden muss.

Herr Dr. Thomas brachte den Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle ein.

**Frau Müller** machte Herrn Dr. Thomas auf sein Mitwirkungsverbot aufmerksam, da er Vorstandsmitglied der DRK Wasserwacht ist.

Herr Dr. Meerheim fragte nach den Auswirkungen, sollte dem Änderungsantrag zugestimmt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass über den Vorschlag auch später, ggf. nach Beratung in den Ausschüssen, noch abgestimmt werden kann.

Herr Bernstiel bat die antragsstellende Fraktion, den Änderungsantrag zurückzuziehen, damit nicht der Eindruck entsteht, dass das Ansinnen nicht gewollt ist. Seiner Erinnerung nach sei ohnehin eine Art Anleger auf Seiten der Saline im Rahmen des Wassertourismuskonzeptes geplant. Die vorgeschlagene Maßnahme im Rahmen der EFRE-Maßnahme mit einzubinden, sei schwierig.

Herr Wels zog daraufhin den Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### zu 7.16.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum VII/2020/01018 Vorlage: VII/2020/01241

<u>Abstimmungsergebnis:</u> zurückgezogen

#### Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird durch den folgenden Punkt 3 ergänzt:

3. Am neu errichteten Bootsanleger werden unentgeltlich zwei Liegeplätze für Rettungsboote von DRLG und Wasserwacht für den Einsatz zur Wasserrettung in der Saale vorgesehen.

## zu 7.16 Baubeschluss EFRE-Maßnahme Umfeldgestaltung Salinemuseum Vorlage: VII/2020/01018

### <u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der Umfeldgestaltung am Salinemuseum.

2. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel aus Stadtumbau Ost.

## zu 7.17 Förderung Systemanpassung Trinkwasserleitung Silberhöhe – östl. Kollektor von Freyburger Straße bis Joachimstaler Straße

Vorlage: VII/2020/00970

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die Redimensionierung von Trinkwasserleitungen auf der Silberhöhe, hier im Versorgungsbereich Freyburger Straße bis Joachimstaler Straße, mit einem nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt max. 442.500,00 Euro (netto) aus dem Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau- Ost, Programmbereich: Aufwertung", zu fördern.

#### zu 7.18 Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2020/01027

**Frau Krischok** verwies die Vorlage in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) in den

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den

Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

#### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Marktsatzung der Stadt Halle (Saale).

#### zu 7.19 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und

ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VII/2020/01184

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

**1. Geldspende** von Doris und Irene Schildbach in Höhe von **5.000,00 Euro** für das Tierheim der Stadt Halle (Saale)

(PSP-Element 1.12213 – Tierheim)

- Sachspende des Künstlers Moritz Götze, Grellstraße 10, 06120 Halle Saale im Wert von 6.900,00 Euro – Grafiken zur Galerie Alter Markt (PSP-Element 1.25102 – Stadtarchiv)
- 3. Sachspende des Fördervereins der Grundschule Diesterweg, Diesterwegstraße 38, 06128 Halle (Saale) in Höhe von 20.000,00 Euro in Form einer Kletter- und Hangelkombination als Spiel- und Fitnessgerät für das Freigelände der Grundschule Diesterweg.

(PSP-Element 1.21101.32/ 8.21101-Grundschule Diesterweg)

- **4. Sponsoringvereinbarung** mit der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) in Höhe von bis zu **21.640,00 Euro** (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer) (**Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen**)
- Sponsoringvereinbarung mit der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien mbH (GWG) in Höhe von bis zu 4.920,00 Euro (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

(Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)

 Sponsoringvereinbarung mit der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EV) in Höhe von bis zu 8.000,00 Euro (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

(Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)

 Sponsoringvereinbarung mit der Saalesparkasse in Höhe von bis zu 4.200,00 Euro (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

(Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)

**8. Sponsoringvereinbarung** mit der Frohen Zukunft e.G. in Höhe bis zu **600,00 Euro** (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

(Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)

9. Sponsoringvereinbarung mit der Halle-Neustädter Wohnungsgenossenschaft eG in

Höhe bis zu **5.100,00 Euro** (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer) **(Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)** 

**10. Sponsoringvereinbarung** mit der Hallesche Wohnungsgenossenschaft FREIHEIT eG in Höhe bis zu **3.600,00 Euro** (Brutto incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer) (**Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen**)

#### zu 8 Wiedervorlage

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

#### zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss Vorlage: VII/2020/01042

**Frau Müller** stellte die Anwesenheit mit 54 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (94,76%) fest. Sie sagte, dass die Mehrheit der anwesenden Mitglieder ausreichend ist, um gewählt zu sein. Die Wahl kann offen erfolgen, wenn dem niemand widerspricht.

Es gab keinen Widerspruch, so dass Frau Müller um offene Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig gewählt

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat wählt anstelle von Frau Heike Wießner Frau Claudia Schmidt zum stimmberechtigten Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Anstelle von Frau Claudia Schmidt wird Herr Jan Rödel als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss gewählt.

Vorschlag von Fraktion	Mitglied (Name, Vorname)	Stellvertretendes Mitglied (Name, Vorname)
CDU	Schmidt, Claudia	Rödel, Jan

zu 9.2 Dringlichkeitsantrag der Stadträte und Mitglieder des Sozial-Gesundheitsund Gleichstellungsausschusses Bernhard Bönisch (CDU-Fraktion), Beate Gellert (Fraktion Hauptsache Halle), Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE), Dennis Helmich (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Josephine Jahn (Fraktion DIE LINKE), Dr. Annette Kreutzfeldt (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), Olaf Schoeder (Fraktion Freie Demokraten), Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die Partei), Kay Senius (SPD-Fraktion) und Dr. UlrikeWünscher (CDU-Fraktion) zur Freigabe der Fördermittel im Haushaltsjahr 2020 für Angebote und Projekte der sozialen Arbeit Vorlage: VII/2020/01220

- Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

#### Frau Müller

Wir gehen weiter zu 9.2, Dringlichkeitsanträge der Stadträte und Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses. Gibt es dazu Redebedarf? Frau Haupt.

#### Frau Haupt

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, die Sorge um die Vereine und vor allem um die Aufgabenerfüllung der Vereine hat uns, die Unterschriebenen, dazu veranlasst, diesen Dringlichkeits- beziehungsweise jetzt Antrag, zu stellen. Eine ganze Menge Vereine haben uns nachdem diese Bewilligungsunterlagen raus gegangen sind, was die Fördermittel anbetrifft, angeschrieben und haben uns signalisiert, dass sie große Probleme haben, ihre Aufgaben in diesem Jahr zu erfüllen beziehungsweise, es gibt auch Vereine, es sind dann auch Begegnungsstätten und andere, die uns signalisiert haben, dass sie möglicherweise die Aufgaben auch überhaupt nicht mehr fortführen können. Und wir haben die Verantwortung übernommen und haben gesagt, hier müssen wir gemeinsam etwas tun, weil jahrzehntelange Arbeit unserer Vereine zum Wohle unserer Gemeinschaft hier in der Stadt Halle können oder müssen nach unserer Auffassung auch in Zukunft möglich sein. Ganz besonders jetzt. Ich weiß, dass diese Anträge zu einem anderen Zeitpunkt gestellt worden sind aber wir können natürlich die gegenwärtige Situation in diesem Falle nicht außer Acht lassen. Sondern gerade jetzt mit den Folgen dieser Corona-Krise, sage ich jetzt mal in Anführungsstrichen, gibt es natürlich eine neue Situation. Es gibt eine ganze Menge an Bedarfen, die noch zusätzlich zu dem Ganzen jetzt erfüllt werden müssen. Und ich möchte auch noch mal sagen, dass die Vereine uns auch signalisiert haben, dass viele durch Absagen von Veranstaltungen und dergleichen mehr, gar nicht ihre Aufgaben, also sprich diese Eigenmittel und darüber hinaus auch erwirtschaften können. Es geht dabei, das will ich nicht noch mal auch betonen, um Pflichtleistungen, die wir hier nicht erfüllen können. Das ist immer wichtig zu sagen. Aber auch um die sogenannten freiwilligen Aufgaben, Wenn ich zum Beispiel an Begegnungsstätten denke, die zwar im Moment zu sind, aber da sie vor allem mit den Schwächsten unserer Gesellschaft auch arbeiten, ist es für unsere Auffassung auch notwendig, dass diese Stätten dann auch wieder da sind für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und für Menschen mit Problemen, auch nach der Corona-Krise. Wir dürfen das nach unserer Auffassung nicht zulassen, dass diese jetzt einfach aufgrund dieser Fördermittelsituation hier geschlossen werden möglicherweise. Wir haben zwar jetzt im Mai die Fördermittelvorlage im Gesundheits-Sozialausschuss auf der Tagesordnung, aber da ist kein anderer, also, ist keine neue Situation entstanden. Die Mittel, die uns fehlen, das sind die, die eben durch, also, signalisiert worden ist uns, dass die nicht gedeckt sind. Aber Sie wissen selber, das auch, ich habe es eben schon gesagt, eine völlig neue Situation entstanden ist. Auch die Deckung ist so gar nicht mehr möglich. Also, wir haben hier nach unserer Auffassung alle gesamt, der Stadtrat und die Verwaltung eine Verantwortung, hier gemeinsam zu wirken, haben deshalb diesen Antrag gestellt, diese

Fördermittel freizugeben, wohlwissend, dass das nicht ganz einfach ist. Aber, wir wissen sonst nicht oder, wie gesagt, ich appelliere noch mal daran, dass wir diese Möglichkeit finden. Wenn es eine andere Möglichkeit gibt das wir da eine Lösung finden, kann man darüber auch reden. Ich sage aber auch noch mal, dass wir daran anknüpfen, weil dieser Haushalt ja auch beschlossen worden ist und die Vereine und auch wir natürlich da auch anknüpfen. Das ist unsere, wie gesagt andere Stadträte, es ist ja kein Antrag von Fraktionen, sondern diese Verantwortung der Mitglieder des Gesundheits- und Sozialausschusses und das will ich noch mal unterstreichen und deshalb appellieren wir, dass wir hier nochmal, also, das wir praktisch dieser Vorlage zustimmen und das wir vor allem dann daran wirken, dass die Fördermittel freigegeben werden für die Vereine. Danke.

#### Frau Müller

Frau Dr. Schöps.

#### Frau Dr. Schöps

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als eine Unterzeichnende möchte ich nur noch ein paar Anmerkungen ergänzen. Zunächst für alle die, denen nicht so verständlich ist, warum Einzelstadträte diesen Antrag stellen. Dieser Antrag resultiert aus einer informellen Abstimmungsrunde per Online-Meeting, eben dieser Stadträte, da eine ordentliche Sozialausschusssitzung nicht möglich war. Die Fördermittelvergabe konnte eben auch nicht mehr im Sozialausschuss beraten und beschlossen werden, wurde dann per Entscheidung, wie es ja in diesen Corona-Zeiten möglich ist, von der Stadtverwaltung durchgeführt. In dem Vorschlag für die Fördermittelvergabe, der den Mitgliedern des Sozialausschusses und auch den Fraktionen zur Verfügung steht, gibt es zwei Spalten. Die eine Spalte repräsentiert eine Fördermittelverteilung auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses, den der Stadtrat gefasst hat und der auch vom Land bestätigt wurde. Eine zweite Spalte basiert auf reduzierten Mitteln und zwar den Mitteln, die vorher von der Verwaltung eingeordnet worden waren und die per Haushaltsbeschluss im Stadtrat erhöht worden. Die Vergabe der Fördermittel wurde nun nach dieser zweiten Spalte, also auf Grundlage der reduzierten Mittel, festgelegt von der Stadtverwaltung und so wurden die Mittel ausgereicht. Das bedeutet, um noch mal ein krasses Beispiel zu nennen, für die Schöpfkelle in der Silberhöhe Fördermittel in Höhe von etwa 30 Tausend Euro die ihnen zugestanden werden bei einer Vorjahressumme von 98 Tausend Euro und einer möglichen Fördermittelvergabe auf Grundlage des Haushaltsbeschlusses von 108 Tausend Euro. Das heißt, das ist weniger als ein Drittel des Vorjahres, die Mittel dürften dann jetzt nach einem viertel Jahr, nach dem ersten Quartal, schon weitgehend verbraucht sein. Ist vielleicht jetzt nicht so wegen Schließung und ähnlichem. Aber, ich wollte noch mal klar stelle: 1. Es pressiert und 2. Ich kann, obwohl ich keine finanzpolitische Sachkundige oder besonders ausgebildete Stadträtin bin, auch nicht nachvollziehen, warum die Freigabe der Mittel, die vom Stadtrat beschlossen worden, nicht möglich sein sollte, gerade in dieser besonderen Situation. Deshalb bitte ich alle Stadträte dem Antrag zuzustimmen.

#### Frau Müller

Frau Gellert.

#### Frau Gellert

Mein sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte nochmal für diesen Antrag werben und für diese Idee, weil zum einen wirklich alle Fraktionen dahinter stehen, das ist das eine, wir uns einsetzen für die betroffenen Vereine und Verbände und ich möchte es mal ganz kurz vergleichen. Ich habe jetzt geguckt, diese Tische haben nur zwei Beine aber das ist eigentlich egal, wenn ich einen Tisch habe mit vier Beinen und einen nehme ich weg, kippt der Tisch um. Und so ähnlich wäre es in der Schöpfkelle oder beim Humanistischen Regionalverband, der sich auch vielen verschiedenen Fördertöpfen sozusagen erhält, die

grundlegend auch den sozialen Frieden hier in Halle bewahren und auch in dieser Zeit, in der Corona-Zeit mit ihren Gästen, Klienten in Kontakt sind, Masken genäht haben, Essen zur Verfügung gestellt haben und Familie gestärkt haben nicht zu verzweifeln mit der Indoorhaltung der Kinder und haben da ganz viel Kreativität gezeigt um weiter zuarbeiten. Die, die wirklich mit den Schwachen, was Ute Haupt schon gesagt hat, der Schwächsten agieren und sich um sie kümmern, wenn man den dann so ein Tischbein wegnimmt, wie gesagt, kippt der ganze Träger. Und das ist noch mal ganz wichtig zu wissen, dass diese Finanzierung aus verschiedenen Mischfinanzierungen besteht und wir auch eine soziale Verantwortung haben, deswegen sitzen wir im Sozial- und Gleichstellungsausschuss. Deswegen bitte ich das Geld zu finden, ich weiß, dass die Steuereinnahmen zurückgehen dieses Jahr, ich weiß, dass wir wenig Geld haben, aber ich denke, wir kriegen auch einen Corona-Fond, vielleicht kann man daraus auch ein paar Mittelchen akquirieren. Dankeschön.

#### Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Doch, Herr Menke, bitteschön.

#### **Herr Menke**

Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe so gewisse Schwierigkeiten damit, wie man mit so einem Antrag umgehen soll unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Stadt ja unter einer Haushaltssperre steht. Deswegen, auf der einen Seite habe ich Verständnis dafür, dass die Vereine mit geplanten Mitteln ihre eigenen Haushalte und Planungen aufgestellt haben und jetzt im Rahmen der Haushaltssperre möglicherweise die Mittel nicht so zufließen, wie das gewünscht ist pder geplant war. Aber kann man denn eine Haushaltssperre durch solch einen Dringlichkeitsantrag quasi durchbrechen? Dann könnten wir ja immer gegen eine Haushaltssperre durch Dringlichkeitsanträge ankämpfen quasi oder müsste das eher so laufen, dass die Vereine vielleicht neue Anträge stellen und sagen: Moment mal, wir haben in der Situation haben wir mehr Bedarfe, weil ganz neue Aufgaben auf uns zugekommen sind. Sie müssen vielleicht auch einen neuen Antrag stellen, weil, das wurde eben angesprochen, Eigenmittel gar nicht in dem Umfang zur Verfügung stehen. Müssten das nicht individuelle Lösungen sein? Oder kann man hier einfach pauschal sagen, alle Fördermittel sollen ausgekehrt werden durch Dringlichkeitsantrag trotz Haushaltssperre? Also, ich wäre dankbar, wenn ich dazu auch etwas juristisches hören würde, aus Sicht der Verwaltung, danke.

#### Frau Müller

Danke. Herr Oberbürgermeister.

#### Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Haushaltssperre bedeutet lediglich, dass das Handeln haushalterisch bei den Ausgaben von der Einwilligung der Verwaltung beziehungsweise vom Oberbürgermeister abhängig ist. Deshalb ist die Haushaltssperre, und deshalb verstehe den Antrag nicht, auch so formuliert, dass jeder, jeder Träger bei den übertragenen Aufgaben, und so Herr Menke, wie Sie es eben auch dargestellt haben, im übertragenen Wirkungskreis ist das genau so, per Antrag deutlich macht, braucht er diese Leistung, ist es notwendig und braucht er sie gerade jetzt zum jetzigen Zeitpunkt. Und genau dieses Verfahren haben wir auch allen Freiwilligen und auch allen anderen Unternehmungen auch deutlich gemacht. Und deshalb kann ich auch hier noch mal empfehlen, wir brauchen einen Antrag von dem Träger, ist das notwendig und ist das unaufschiebbar. Wenn das vorliegt, bestehen keine Bedenken zur Auszahlung. Die Haushaltssperre ist ein internes Verfahren, wo wir uns noch mal reglementieren und sagen, wir brauchen hier ein besonderes Instrument, weil wir momentan mit den Ausgaben zu hoch liegen beziehungsweise unsere Einnahmen nicht kommen. Und denken Sie bitte daran, was wir auch schon immer gesagt haben, die Einnahmen, die Sie als Stadtrat oben drauf gelegt haben, da ist auch noch keine Deckung da und Sie wissen auch, nach § 20 muss ich erst darauf warten, bis die Einnahmen tatsächlich da sind, dann kann ich sie ausgeben. Das hat

aber nichts damit zu tun, dass wir das, was wir haben und wo wir uns auch absolut einig waren, das wir das unter diesen Kriterien jederzeit für jeden Träger, für jeden sozialen Träger, ausgeben. Deshalb brauchen wir nur schlicht und einfach einen Antrag, der diese Kriterien erfüllt. Wir unterstützen auch, helfen auch, alles kein Problem. Aber wir brauchen diese Formalien, damit wir nachweisen können, dass wir unter der jetzigen Situation rechtmäßig handeln. Denn ich bin verpflichtet, wenn die Einnahmen wegbrechen, eine Haushaltssperre auszurufen. Da habe ich auch kein Ermessensspielraum mehr, sondern ich muss es tun. Und ansonsten mache ich mich strafbar. Und deshalb ist das eine Gegenkontrolle und deshalb ändert sich eigentlich nichts. Auch sonst, grundsätzlich, ist es erforderlich, dass nur die Ausgaben in der öffentlichen Verwaltung getätigt werden, die notwendig sind und die man tatsächlich zu dem jeweiligen Zeitpunkt braucht. Das ist zwar ein umständliches Verfahren oder etwas umständlicher, aber führt praktisch zum gleichen Ergebnis. Denn, ich kann mir nicht vorstellen, dass Träger oder auch im freiwilligen Bereich Aufgaben durchführen, die sie nicht begründen können oder wo sie keine Notwendigkeit auch sehen. Und deshalb ist das, dieser Antrag, für mich komplett überflüssig und läuft in dem Verfahren, wie ich es Ihnen eben geschildert habe. Das heißt, wenn irgendein Träger Fragen hat, Frau Brederlow steht zur Verfügung, Herr Geier steht zur Verfügung, um hier auch zu unterstützen, um hier auch die entsprechenden Anträge so zu formulieren, dass wir eine Ordnungsgemäßheit innerhalb der Verwaltung beim Nachweis der Ausgaben haben. Und das ist, Herr Menke, der einzige Grund, der dahinter steckt. Nur, es ist ja auch deutlich, eine Notwendigkeit muss begründet werden und eine Unabweisbarkeit. Das muss dargestellt sein.

#### Frau Müller

Gut, bevor ich jetzt die nächsten Redner aufrufe. Ich habe jetzt noch Frau Dr. Brock, Herrn Dr. Meerheim und Herrn Dr. Wend. Herr Bönisch meldet sich auch noch. Ich möchte jetzt darauf hinweisen, dass wir in spätestens einer viertel Stunde eigentlich in den nichtöffentlichen Teil gehen müssen, ansonsten schaffen wir es nicht mehr. Wir haben allerdings auch noch Dringlichkeitsanträge der Mitbürger, die sollten wir, ob der Dringlichkeit dann auch noch behandeln. Frau Dr. Brock, bitte.

#### Frau Dr. Brock

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, genau an dieser Stelle muss man, glaube ich, noch mal etwas grundsätzlicher heran gehen. Wir haben hier in der gegenwärtigen Situation einen Zustand, wo auf Bundesebene extrem zusätzliche Mittel ausgereicht werden, wo auf Landesebene zusätzliche Mittel ausgereicht werden. Was würde denn sein, wenn jetzt der Bund oder das Land sagt: Oh, wir haben Einnahmeausfälle zu befürchten, weil die Wirtschaft nicht funktioniert, wir machen jetzt mal Haushaltssperre, dann wären alle diese Töpfe verschlossen. Es ist eine Unlogik eigentlich, jetzt eine Haushaltssperre, wo wir Geld brauchen, aufrechtzuerhalten. Und auch Ihr Kollege in der Landeshauptstadt Herr Trümper handelt ganz anders, in dem er eben nicht eine Haushaltssperre verfügt, sondern über zusätzliche mögliche Unterstützungsformen nachdenkt. Insofern ist diese Haushaltssperre keine Verpflichtung, denn wenn alle anderen sich daran halten würden, dann hätten wir nicht eine einzige Corona-Hilfe, weder vom Bund, weder vom Land, noch in den Städten. Das zum einen.

Das andere zum Haushaltsverständnis. Es wird nicht besser, je öfter Sie es wiederholen Herr Dr. Wiegand. Wir haben einen beschlossenen Gesamthaushalt. Es gibt keinen Änderungsantrag der Fraktionen mehr. Es ist ein Gesamtkunstwerk-Haushalt und es ist sozusagen Ihr Management zu gucken, wie sozusagen alle diese Positionen miteinander gegenrechnen. Ich sage es zum letzten Mal, es gibt keinen Änderungsantrag mehr, demzufolge hat diese Kürzung auch keine Rechtgrundlage.

#### Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

#### Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Brock, ich sage es auch zum letzten Mal, Sie verstehen es einfach nicht.

#### Frau Müller

Herr Dr. Meerheim.

#### Herr Dr. Meerheim

Ich stimme aber trotz der Aussage von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, Frau Dr. Brock zu. Wir haben einen Haushalt und nicht zwei Haushalte beschlossen und es gibt auch im Haushaltsrecht keine Zuordnung außer da, wo sie explizit vorgesehen ist von Zuwendungsgebern auf ein bestimmtes Produkt im Haushalt. Das heißt, wenn wir Vorschläge unterbreitet haben für einen höheren Aufwand und dazu an irgendeiner anderen Stelle einen höheren Ertrag ermittelt und vorgeschlagen haben, dass das in den Haushalt eingeht. Dann ist das, wie Sie gerade gesagt haben, ein Gesamtkunstwerk. Und bitte lassen Sie es uns nicht zerstören, gerade jetzt, ich bin ja bereit zu sagen, wir haben Infektionstechnisch und Ordnungspolitisch die Pandemie in unserer Stadt einigermaßen in den Griff bekommen und sind auf einem guten Weg. Was aber notwendig ist, ist neben Ordnungspolitik und die Befolgung von infektionsgesetzlichen Regelungen auch die Wirkung in die Gesellschaft darüber hinaus zu berücksichtigen. Und das ist vor allen neben den Wirtschaftspolitischen, wo wir von Bund und Ländern hoffen noch Unterstützung in der Region zu bekommen, auch der sozialpolitische Teil. Und dafür tragen wir hier insbesondere in der Stadt Halle mit unseren vorgesehenen Strukturen, wo die Träger alle tätig sind im Sozialen, Jugendhilfe, Künstlerischen, Umwelt und Sportbereich eine hohe Verantwortung. Und wenn wir ausgerechnet in dieser Situation jetzt den Vereinen sozusagen quasi per Beschlussvorlage, egal in welchem Ausschuss, jetzt hier ist es beispielhaft der Sozialausschuss, von uns aus sozusagen teilweise den Hahn zudrehen, dann halte ich das, sage ich mal so, für nicht klug. Wir zerstören auf diese Art und Weise in einer ganz furchtbaren Situation die gesamtstädtische Gesellschaft und darüber hinaus gut funktionierende Strukturen, die wir gepflegt hätten, wenn diese Situation nicht eingetreten wäre. Jetzt könnte man sagen: Ja, sie ist eingetreten. Aber gerade weil sie eingetreten ist, brauchen wir sie jetzt doppelt. Und wir müssen auch über die Zeit darüber hinaus nachdenken, wenn diese Strukturen dann nicht mehr da sind, bauen sie sich von alleine so schnell nicht wieder auf. Und deswegen, glaube ich, ist dieser Antrag durchaus gerechtfertigt, weil auch die Vorlage spricht etwas anderes, Herr Oberbürgermeister, als das, was Sie uns jetzt mündlich mitgeteilt haben. Wenn es so wäre, wie Sie es jetzt vorgetragen haben, hätte die Vorlage, so wie sie im Sozialausschuss behandelt werden soll, eigentlich so nicht aussehen dürfen. Da sind aber jetzt ja quasi schon Einschnitte vorgesehen. Die dürften ja eigentlich erst dann kommen, wenn die Vereine, die ja alle wahrscheinlich geprüft sind, mit ihren Angeboten sagen: Ja, das brauchen wir alles nicht, das ist nicht notwendig.

#### Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, ich bitte Sie zum Ende zu kommen.

#### Herr Dr. Meerheim

Ich bin fertig, ich wollte das nur noch mal sagen.

#### Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

#### Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, wir sind gar nicht weit auseinander. Warum gehen Sie nicht auf dieses Angebot ein und sagen: Jawohl, jeder Verein stellt für die Mittel, die er benötigt, den ich eben beschrieben haben. Das ist doch das einfachste von der Welt. Dann kann der ja auch bestätigt werden. Und vorher auch im Sozialausschuss behandelt werden, in dem man sagt:

Na gut, wir teilen das so zu, aber gleichwohl brauchen wir doch eine Dokumentation, in dem gesagt wird, die Ausgabe ist nötig und wir brauchen sie jetzt, das Projekt muss zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werden. Warum soll das nicht möglich sein? Deshalb noch mal, der Antrag ist überflüssig. Wenn Sie den so beschließen, bin ich sogar gehalten, in den Widerspruch zu gehen. Deshalb versuche ich ja eine Kompromisslösung mit Ihnen hier auch zu erarbeiten, es Ihnen noch mal deutlich zu machen. Deshalb hat der Antrag für mich weiterhin keine Grundlage. Der ist gar nicht erforderlich.

#### Frau Müller

Herr Dr. Wend.

#### Herr Dr. Wend

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen, das ist doch eine Diskussion hier um den heißen Brei. Jetzt heißt es also, man muss dann einen Antrag auf Unabweisbarkeit stellen. Dann können wir das bei allen Förderanträgen das gleich beilegen. Diesen Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag gibt es erst gar nicht, er ist überflüssig, weil uns die Schöpfkelle um die Ohren fliegt, wenn die Kohle nicht kommt. Und wer sich in den sozialen Strukturen in dieser Stadt auskennt, weiß, in der Silberhöhe da gibt es den Deutschen Kinderschutzbund, da gibt es die Schöpfkelle, dann gibt's da noch das Sozialkaufhaus, dann war's das. Also, liegt es doch auf der Hand, dass wir das dort brauchen. Scheinbar verhindert Corona den Informationsfluss in der Stadt. Das ist unabweislich dort, wenn die 60 Tausend fehlen, fliegt eine ganze Stelle weg und dann fliegt uns die Schöpfkelle um die Ohren. Mich wundert, dass wir das hier diskutieren müssen, warum schafft die Stadtverwaltung das dann nicht im Zusammenhang mit der Schöpfkelle und weist sie darauf hin, diesen Antrag zu stellen? Es ist dringlich, dass wir dieses Geld dort haben, in einem Stadtteil, das vernachlässigt wird und das viele Nachteile hat, die wir ausbessern sollten. Deswegen bitte ich dringend, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen und eine andere Lösung zu finden, dass der Geldfluss nicht unterbrochen wird. Danke.

#### Frau Müller

Herr Bönisch.

#### Herr Bönisch

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, in dem Antrag werden Sie aufgefordert, Herr Oberbürgermeister, das zu tun. Wir wissen schon, dass wir Sie dazu nicht verpflichten können, weil die Executive das Recht hat, den Haushalt umzusetzen. Das heißt also, wir geben Ihnen mit dem Haushaltsplan eine Ermächtigung aber keine Verpflichtung das Geld auszugeben. Meine Frage dazu ist dann, wissen die Vereine von dem denkbaren Verfahren, dass sie einen Antrag stellen können und dann möglicherweise einen positiven Bescheid bekommen? Wie sind die davon in Kenntnis gesetzt worden? Das wäre die eine Frage. Und die zweite: Wollen Sie gleich verfahren bei pflichtigen und bei freiwilligen Leistungen? Mir hat beispielsweise gestern ein Träger von Beratungsstellen gesagt, dass ihm über drei Stellen Personal gekürzt worden sind, obwohl es wohl überhaupt keinen Anlass gibt. Sie vermuten, dass weniger Beratung notwendig sein würde. Und die Pflichtaufgaben, die Vereine für uns erfüllen, müssten in ihrer Notwendigkeit und der Dimension der Notwendigkeit durch die Stadtverwaltung beurteilt werden können, als durch die Vereine selbst. Also mindestens durch die Stadtverwaltung genauso gut, weil sie ja dafür Sorge tragen muss, dass die Pflichten erfüllt werden. Also, Zwei Fragen: Wissen die Vereine Bescheid, dass sie so einen Antrag stellen können und so möglicherweise zu dem Geld kommen? Und zweitens: Wie verfahren Sie bei pflichten Leistungen, ist dasselbe Problem und ja vielleicht können Sie kurz sagen, warum Beratungsleistungen gekürzt werden sollen, obwohl offensichtlich dafür kein Indiz vorliegt für die Notwendigkeit oder das wir Überkapazitäten hätten.

#### Frau Müller

Frau Brederlow.

#### Frau Brederlow

Also, momentan geht hier einiges durcheinander in der Diskussion. Wir reden einmal über den Haushalt, das was im Haushalt beschlossen wurde und das, was der Sozialausschuss eben noch nicht beschlossen hat, nämlich die Priorisierung. Das macht er erst in seiner nächsten Sitzung. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde besprochen, dass ein Teil der Zuschüsse, die die Verwaltung sieht, also, wir können ja ungefähr sagen, wer auch Priorität in den einzelnen Bereichen hat, dass die ausgezahlt werden. Im pflichtigen Bereich, der ist anders behandelt worden, das war ja jetzt Ihre Frage, der ist anders behandelt worden, hat einen größeren Teil ausgezahlt bekommen. Dennoch haben wir im Ausschuss noch nicht beraten. Und deswegen auch noch nicht die volle Summe, da Sie ja auch nie, Frau Dr. Schöps, das ist richtig, weil wir ja auch immer im Ausschuss noch mal abwägen. Die Vereine beantragen mehr, als im Haushalt steht. Also mehr, als in dem von Ihnen beschlossenen Haushalt steht. Das heißt, wir müssen abwägen. Das zum ersten.

Das zweite Thema ist die Haushaltssperre. Ja, darüber sind die Vereine informiert. Ich habe auch erste Anträge bekommen. Dann die Frage Corona. Die ist völlig unabhängig zusehen von dem, was wir im Haushalt haben, weil wir wissen heute, wir sind uns alle im Klaren, dass die ganzen Folgen des Lockdown natürlich auch soziale Nachfolgen haben. Und natürlich werden wir die im Laufe des Jahres beobachten und bewerten müssen. Und es gibt Hilfen vom Bund, ja, es gibt Hilfen vom Bund, die nehmen die Träger auch in Anspruch, es gibt nämlich auch für Sozialleistungsträger entsprechende Möglichkeiten, die nehmen sie aber sehr unterschiedlich in Anspruch. Also, auch das werden wir gemeinsam zu bewerten haben. Also, insofern warne ich davor, die Sachen jetzt hier zu vermischen und ich warne auch davor, jetzt bestimmte Vereine, ich werde mich auch bewusst zu keinem Verein hier äußern, jetzt vorzugreifen, bevor wir überhaupt im Sozialausschuss eine Abwägung getroffen haben.

#### Frau Müller

Vielen Dank. So, die Rednerliste wird immer länger. Ich weiße noch mal auf das hin, was ich vorhin gesagt habe. Wir haben jetzt Herrn Raue, Frau Dr. Schöps, Herr Menke und dann hat sich Frau Haupt auch noch mal gemeldet. Herr Raue, bitte.

#### **Herr Raue**

Also, wir haben in der Fraktion auch lange diskutiert und wussten nicht so richtig, wie wir uns zu diesem Antrag verhalten sollen, weil wir ja auch gar nicht einbezogen gewesen sind. Aber das ist ja auch Ihre Sache. Die Frage, die sich wirklich stellt, ist, auf der einen Seite haben wir natürlich einen Haushalt und dem Haushalt sind auf der einen Seite Zuweisungen zugrunde gelegt, also Einnahmen. Und auf der anderen Seite natürlich Ausgaben. Und wir sind natürlich als Stadt immer verpflichtet, als öffentlicher Träger, wenn die Einnahmen sich so, wie prognostiziert, nicht entwickeln und die Ausgaben im Ende so groß sind, das sie nicht mehr durch Einnahmen gedeckt sind, dann müssen Sie sehen, was können Sie noch finanzieren. Da hat der OB völlig Recht, auch aus meiner Sicht, eine Haushaltssperre zu verfügen. Wenn ich jetzt höre und das habe ich vorher nicht gewusst, dass es also auch das Angebot an die Vereine gibt: Stellt einen Antrag, macht eure Dringlichkeit klar und wir bewilligen großzügig, dann weiß ich nicht, ob ich es hier mit einem Schaufensterantrag zu tun habe oder ob das wirklich ernst gemeint ist von Ihnen. Unstrittig sind viele Aufgaben, die die Vereine durchführen, gesellschaftlich notwendig. Und das will auch niemand, dass irgendein Verein in eine finanzielle Schwierigkeit gerät, die am Ende dazu führt, das er wahrscheinlich nicht mehr tätig sein kann, insbesondere für eben unsere Schwächsten in der Gesellschaft. Aber das bedeutet ja nicht, dass wir zu einer Zeit, in der die Stadt in einer großen Krise ist, in der wir in Konsolidierung sind, in der wir wegbrechende Einnahmen haben, dass wir nicht sorgsam und verantwortlich mit dem Geld der Steuerzahler umgehen müssen. Und an der Stelle haben wir hier einen Antrag, der von Ihnen vorgebracht wird, der

eigentlich an dieser Stelle unnötig ist, weil die Vereine, das ist zumindest meine Erfahrung mit der Stadtverwaltung, was die Vereine betrifft, das hier nicht einfach willkürlich entschieden wird, sondern das hier die Vereine nach Erfordernis und fachlich, sachlich begründet auch ihre Bewilligungen erhalten. Und es ist natürlich traurig, auf der einen Seite machen Sie sich sehr stark, berechtigt sehr stark für Vereine. Aber viele kleine Unternehmen, die draußen auch um's Überleben kämpfen und möglicherweise ist wäre das gar nicht so eine große Geste gewesen, hätten wir durch zum Beispiel die Aufstellung von Kundenstoppern es den Unternehmen erleichtert wieder in ihre Arbeit hineinzufinden. Aber diesen Dringlichkeitsantrag, den haben Sie abgelehnt.

#### Frau Müller

Herr Raue, kommen Sie bitte zum Ende ...

#### **Herr Raue**

Vielen Dank.

#### Frau Müller

... Ihre Redezeit, vielen Dank. Frau Dr. Schöps.

#### Frau Dr. Schöps

Nur noch mal ganz kurz und nicht so sehr inhaltlich an Sie Herr Raue. Der Antrag ist sehr ernst gemeint und alle, die den unterzeichnet haben, haben viel darüber nachgedacht. Ganz kurz, Frau Brderlow und Herr Oberbürgermeister, vielleicht noch eine Erklärung, warum wir diesen Antrag stellen, Frau Brederlow. Es gibt eine Entscheidung der Stadtverwaltung zur Ausreichung von Fördermitteln. Die betrifft das erste halbe Jahr generell aber die schriftliche Ausfertigung der Entscheidung, die den Mitgliedern des Sozialausschusses zugegangen ist, enthält eine Spalte mit zum Beispiel einem freiwilligen Bereich der Summe, ich benutzt jetzt noch mal die Schöpfkelle, weil mir das eben präsent ist, 30 Tausend für 12 Monate. Da ist nichts vorläufig. Da ist auch nicht noch mal eine Entscheidungsmöglichkeit für den Sozialausschuss uns offeriert wurden. Gar nicht. Wir können natürlich im Mai darum diskutieren, ja. Aber eben diese fertige Entscheidung, die nicht vorläufig und nicht befristet und nicht limitiert ist, die zum Beispiel für den Humanistenverband 65 Tausend Euro fürs ganze Jahr beträgt und für das erste Halbjahr dann eben eine Auszahlungssumme angegeben ist, aber für manche ist einfach festgelegt, eine Reduzierung der Mittel für 12 Monate. Und das ist Anlass für diesen Antrag, Frau Brederlow. Keine Böswilligkeit und keine, was weiß ich, für Anträge. Danke.

#### Frau Müller

Herr Menke.

#### Herr Menke

Vielleicht noch mal zum Thema Schöpfkelle. Das Thema ist ja hoch emotional. Sicherlich haben viele auch Beziehungen zu Vereinen und so weiter und wenn es dann um Finanznot geht, kann ich schon verstehen, dass man emotional wird. Aber ich habe diese Berichterstattung in dubisthalle zum Anlass genommen und wollte mich da auch wirklich informieren, habe die Leiterin der Schöpfkelle angerufen, habe dann von der Leiterin der Schöpfkelle erfahren, dass diese 30 Tausend Euro wohl eine vorläufige Auszahlung sind, erstmal um der Schöpfkelle weiter zu helfen. Dann habe ich noch zwei Telefongespräche geführt auch mit dem Geschäftsführer der Volkssolidarität, also dem Chef der Mitarbeitin der Schöpfkelle. Das Ergebnis war, die Mitarbeiterin der Schöpfkelle ist auch angerufen wurden aus dem Oberbürgermeisterbüro, es ist erklärt wurden, dass das eine vorläufige Zahlung ist und der Geschäftsführer möge sich doch direkt an das Oberbürgermeisterbüro wenden, wenn es irgendwelche Probleme gibt finanzieller Natur und so weiter und dann könne man auch noch weiter helfen. Das ist aber an den Geschäftsführer der Volkssolidarität so nicht weiter gegeben wurden. Durch meine Anrufe ist es dann weitergegeben wurden, es hat wohl

ein Gespräch gegeben und dann ist das auch geklärt wurden. Ich verstehe jetzt gar nicht, warum die Schöpfkelle jetzt heute hier noch ein Thema ist. Und ich verstehe auch gar nicht, vor dem Hintergrund, warum der Angriff über dubisthalle so scharf gewesen ist, denn das war wirklich sehr scharf. Also vielleicht wirklich mal Emotionalität rausnehmen, auf die Sachebene kommen und das, was der Oberbürgermeister vorgeschlagen hat, ist doch die gesetzlich vorgesehene Sachebene, nämlich einfach zu sagen: Wir haben eine Haushaltssperre, wir brauchen die Mittel aber jetzt und nicht in einem halben Jahr und das Projekt können wir auch nicht zurückstellen. Dann können doch die Mittel fließen. Und letztendlich hat ja Frau Brederlow gesagt, dass einiges an Mitteln nicht fließen konnte, liegt ja auch daran, dass es im Sozialausschuss noch nicht entsprechend behandelt worden ist. Also, ich verstehe das Problem eigentlich nicht.

#### Frau Müller

Frau Haupt.

#### Frau Haupt

Ich will die Debatte auch nicht verlängern, aber ich muss noch mal klarstellen, wir haben im Gesundheits- und Sozialausschuss ja die Vorlage, ich habe ja vorhin gesagt, die Bescheide sind aber raus an die Vereine. Wir haben eigentlich nichts zu entscheiden im nächsten Gesundheits- und Sozialausschuss. Wie gesagt, das war dieser Lage und so weiter jetzt geschuldet. Aber, das ist das erste Problem. Deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil, und das ist noch mal Inhalt, das wurde von anderen gesagt, ich bringe es auf den Punkt: Wir brauchen die Fördermittel, die im Haushalt beschlossen wurden sind. Darum geht es. Und deshalb diese dringliche Bitte, die freizustellen, auch die, die im Moment noch nicht gedeckt sind, weil die, das haben wir alles begründet. Das ist der springende Punkt. Das ist der Punkt und deshalb haben wir das begründet und da geht es nicht um die Haushaltssperre, sondern wirklich um die Dinge, die im Haushalt sind, dass die umgesetzt werden. Das ist der Punkt. Das wollen wir und nichts anderes. Und wie gesagt, wir haben bald Mai, stimmt, die Vereine brauchen jetzt Sicherheit. Also, ich will nicht alles wiederholen aber das war mir noch mal wichtig auf den Punkt zu bringen.

#### Frau Müller

Und Herr Heinrich.

#### **Herr Heinrich**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende, ich möchte auf ein Thema hinweisen, was hier leider noch gar nicht zur Sprache kam. Ich gehe davon aus, dass die Corona-Pandemie auch dazu geführt hat, dass die Vereinsarbeit zum Erliegen gekommen ist, wahrscheinlich ein viertel- oder ein halbes Jahr und ich könnte mir unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch vorstellen, dass dadurch weniger Kosten für die Vereine entstanden sind, auch wenn man zum Beispiel Kurzarbeit für die Mitarbeiter beantragt hätte und es möge bedacht werden, das dieser Minderbedarf, der sicherlich auch optimiert bar ist, auch dazu führen kann, dass die beschlossene Höhe an Zuwendungen gar nicht gebraucht wird und man sollte auch an die Vereine herantreten und fragen, ob man diese neue Kalkulation mit berücksichtigen könnte. Danke.

#### Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer stimmt dem Antrag 9.2 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei einigen Stimmenenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

#### <u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die mit der Beschlussfassung zum Haushalt 2020 eingestellten Fördermittel für den Fachbereich Soziales in Höhe von 1.636.200,00 Euro und für den Fachbereich Gesundheit in Höhe von 735.878, 00 Euro freizugeben.

zu 9.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners

Vorlage: VII/2020/01224

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Herr Erik Weitz scheidet als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung aus. Herr Markus Heinemann wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.

zu 9.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umbesetzung von Ausschüssen

Vorlage: VII/2020/01225

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

- 1. Frau Dörte Jacobi scheidet als Mitglied im Bildungsausschuss aus. Herr Hans-Dieter Sondermann wird als Mitglied in den Bildungsausschuss berufen.
- 2. Herr Hans-Dieter Sondermann scheidet als Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung aus. Frau Dörte Jacobi wird als Mitglied in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berufen.

### zu 9.5 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung

einer sachkundigen Einwohnerin Vorlage: VII/2020/01233

\_\_\_\_\_

Es gab keine Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

- 1. Frau Annika Seidel-Jähnig scheidet als Sachkundige Einwohnerin im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.
- 2. Frau Ines Dunker wird als Sachkundige Einwohnerin in den Sozial-, Gesundheitsund Gleichstellungsausschuss berufen

.....

Der Rat verständigte sich darauf, an der Stelle die Nichtöffentlichkeit herzustellen, da wichtige Vergaben zu beschließen sind und sollte die Zeit ausreichen, im Anschluss wieder in den öffentlichen Teil der Sitzung überzugehen.

Frau Müller bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

------

Frau Müller eröffnete die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

#### zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

## zu 10.1 Anfrage der CDU-Fraktion zu den Folgen der Corona-Pandemie für den städtischen Haushalt

Vorlage: VII/2020/01171

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Hilfskräften bei Kontrolle und Durchsetzung der Vorschriften der SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnungen des Landes

Vorlage: VII/2020/01173

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

#### zu 10.3 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation der Kinderund Jugendhilfe während der Corona-Pandemie Vorlage: VII/2020/01170

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

#### zu 11 Mitteilungen

# zu 11.1 Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Annahme einer Spende Vorlage: VII/2020/01182

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Annahme einer Spende Vorlage: VII/2020/01197

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Mitteilung zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 65 Abs. 4 KVG LSA zur Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Immobilien Vorlage: VII/2020/01202

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

#### zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

#### zu 12.1 Frau Winkler zu Bäumen

**Frau Winkler** sagte, dass auf dem Hasenberg Baumschnitt-Arbeiten erfolgt sind. Sie bat um Erläuterung.

Herr Rebenstorf antwortete, dass ein größerer Ast abgebrochen war und hier im Zuge der Gefahrenabwehr gehandelt werden musste. Im Zuge dieser Maßnahme wurde festgestellt, dass weitere Bäume weitgehend abgestorben sind. Es wurde eine Kronenpflege durchgeführt.

#### zu 12.2 Herr Bönisch zur Corona-Pandemie

Bezugnehmend zur aktuellen Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Verordnungen fragte **Herr Bönisch**, wo Heimkehrer wie Studenten entsprechende Informationen, was für die Stadt Halle (Saale) aktuell gilt, beziehen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Informationen in der Eindämmungsverordnung festgelegt sind.

#### zu 12.3 Herr Streckenbach zur Corona-Pandemie

Herr Streckenbach sagte, dass die neue Verordnung des Landes zur Kita-Notbetreuung regelt, dass Erzieher keinen Mund-Nasen-Schutz tragen müssen. Bisher mussten die Erzieher in den städtischen Einrichtungen dies tun. Er fragte, ob dies damit obsolet ist.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Anweisung lediglich für den Kontakt zu den Eltern galt, nicht aber gegenüber den Kindern. So empfiehlt es auch die Landesverordnung.

#### zu 12.4 Herr Lange zum Treff

Herr Lange fragte nach dem aktuellen Stand zum Bau eines Supermarktes "Am Treff".

Herr Rebenstorf sagte zu, beim Investor den Stand zu erfragen.

#### zu 12.5 Herr Lange zum Jahresplan Forst

Herr Lange fragte nach einem Jahresplan für die Forstwirtschaft.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies bei der nächsten Sitzung des Waldbeirates Thema ist. Ein entsprechender Termin wird aktuell abgestimmt. Erste Entwürfe eines Jahresplanes lägen vor.

#### zu 12.6 Herr Lange zur Corona-Pandemie

Herr Lange fragte, wie die Wiederaufnahme des Schulbetriebes vorbereitet wird, welche Maßnahmen ergriffen werden und ob ausreichend Schutz- und Hygieneartikel vorhanden sind.

**Frau Brederlow** antwortete, dass ausreichend Desinfektionsmittel zur Verfügung steht und an die Schulen ausgeliefert wird. Die jeweiligen Bedingungen haben die Schulen zu erarbeiten und umzusetzen. Die Stadt wird darüber als Schulträger informiert. Die Reinigungszyklen werden verändert und erfolgen nun zweimal täglich. Für den Mund-Nasen-

Schutz der Lehrer ist das Land verantwortlich, für Schüler ist dieser nicht vorgeschrieben. Für Notsituationen stellt die Stadt den Schulen einen Einweg-Mund-Nasen-Schutz zur Verfügung.

#### zu 12.7 Frau Plassa zur Gedenkveranstaltung am 09. Oktober 2020

**Frau Plassa** fragte nach dem Stand zum Gedenken an den antisemitischen und rassistischen Terroranschlag vom 09.10.2019 in Halle (Saale). Sie fragte, ob die entsprechende AG bereits existiert, alle Beteiligten involviert und ihre Arbeit bereits aufgenommen haben. Weiter, inwieweit Angehörige und Betroffene an der Vorbereitung beteiligt sind.

**Frau Ernst** antwortete, dass es bereits eine AG gibt. Die weiteren Abstimmungen erfolgen, sobald dies Pandemiebedingt wieder möglich ist. Die Angehörigen werden über die Opferberatung einbezogen, insofern sie dies möchten.

#### zu 12.8 Herr Raue zur Corona-Pandemie

**Herr Raue** fragte nach den Folgen, wenn bei einem Kind in der Kita-Notbetreuung Fieber festgestellt wird. Weiterhin nach der Sinnhaftigkeit, wenn Erzieher gegenüber Eltern einen Mund-Nasen-Schutz tragen müssen, gegenüber Kindern aber nicht.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Landesverordnung klar regelt, dass nur Kinder die Notbetreuung aufsuchen dürfen, die keine Erkältungssymptome aufweisen. Sollte im Laufe des Tages Fieber auftreten, so muss das Kind umgehend abgeholt werden. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ist gesetzlich vorgeschrieben, daran habe man sich zuhalten, dass unterschiedliche Meinungen dazu existieren, sei bekannt.

Herr Raue sagte, dass die Kitaöffnung nur für Alleinerziehende und für Familien, wo beide Elternteile berufstätig sind, erfolgen sollte. Er fragte, ob die Verwaltung nach der Sinnhaftigkeit der Landesverordnung befragt wird.

Frau Brederlow sagte, dass es seit gestern eine Empfehlung der Jugendminister gibt, die die Kommunen durchaus in der Eigenverantwortung sieht, entsprechende Regelungen als Träger der örtlichen Jugendhilfe zu treffen. Diese haben einen 4-Punkte-Plan zur Wiedereröffnung der Kitas vorgeschlagen. Einen Großteil erfüllt die Stadt Halle (Saale) schon für die Notbetreuung. Kitas haben auch einen Bildungsauftrag. Vordergründig muss die Entwicklung der Infektionszahlen betrachtet werden, ob diese rückläufig sind oder erneut ansteigen.

#### zu 12.9 Herr Bönisch zu einer Personalangelegenheit

Herr Bönisch fragte, wann die Antwort zu einer im März gestellten Anfrage erfolgen wird.

**Frau Ernst** antwortete, dass der Stadtrat ein Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister eingeleitet und an das Landesverwaltungsamt abgegeben hat. Insofern

kann die Verwaltung die Frage nicht beantworten.

#### zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Unterstützung von Bürgerinitiativen bei der Bewässerung von Bäumen und öffentlichen Grünflächen

Vorlage: VII/2020/01236

Vor dem Hintergrund eines erneut drohenden Dürresommers regt **Frau Dr. Burkert** an, dass die Stadtverwaltung nochmals ihre eigenen Bestrebungen zur Bekämpfung der Dürre optimiert sowie bürgerschaftliches Engagement für das Bewässern von Bäumen und öffentlichen Grünflächen intensiviert. Darüber hinaus soll die Stadtverwaltung die Bürgerinnen und Bürger zu derartigem Engagement verstärkt motivieren und auf bestehende Initiativen hinweisen.

zu 13.2 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu Grünstreifen

Vorlage: VII/2020/01238

Vor dem Hintergrund des Sterbens von Insekten regt **Frau Dr. Burkert** an, dass beim Mähen von Grünstreifen, z. B. wie zuletzt am Rosa-Luxemburg-Platz, ein Teil der Flächen nicht vollständig gemäht wird, um damit die urbanen Lebensräume von Bienen und anderen Bestäubern zu verbessern.

zu 13.3 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Mundschutzpflicht in Imbissen und Arztpraxen Vorlage: VII/2020/01239

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie regt **Frau Dr. Burkert** an, dass sich die Stadt Halle im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten schnellstmöglich dafür stark macht bzw. beim Land Sachsen-Anhalt dafür einsetzt, die Mundschutzpflicht in Imbissen u.ä.m. und Arztpraxen verpflichtend durchzusetzen.

zu 14	Anträge auf Akteneinsicht		
zu 14.1	Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Vertragsunterlagen der Stadt Halle betreffend Objekt Reilstraße 77, Reilstraße 78 und allen weiteren Vertragsunterlagen, Schriftverkehr und Ähnlichem mit dem KubultubuRebell e.V. und Chillabea		
Der Antra	ag auf Akteneinsicht wurde z	zur Kenntnis genommen.	
Frau Mül	l <b>ler</b> beendete die öffentliche	Sitzung des Stadtrates.	
<u>Für die R</u>	<u>ichtigkeit:</u>		
Katja Mül	ller ide des Stadtrates	Maik Stehle Protokollführer	